

KAB an Wahlprüfsteinen im Vorfeld der Landtagswahl 2022 in NRW beteiligt

Der KAB Diözesanverband Paderborn ist Mitglied in der „Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz in NRW“, einem Zusammenschluss von über 40 Verbänden und Einrichtungen. Sie setzt sich anwaltlich für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein und weist auf Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen Heranwachsender hin. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefährdungen und die Förderung ihrer Entwicklungs- und Identitätsbedürfnisse stehen im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Zur Landtagswahl hat die LAG unter Mitwirkung der KAB sieben Fragen an die im Landtag vertretenen Parteien formuliert, mit einer kurzen Einleitung:

*Gemäß der UN-Kinderrechtskonvention haben Heranwachsende ein Recht auf **Befähigung und Förderung**, auf **Beteiligung** und auf **Schutz**. Diese elementaren Kategorien der Kinderrechte werden und wurden in NRW – ebenso wie auf Bundesebene – unter anderem aufgrund der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nicht ausreichend berücksichtigt:*

Befähigung und Förderung

- 1. Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind nicht allein durch die Öffnung von Kitas und Schulen gedeckt, sie brauchen für ein gutes und gesundes Aufwachsen selbstbestimmte Freiräume. Wie sorgen Sie für Räume zur Entfaltung der Persönlichkeit und für soziale Kontakte und Erfahrungen?*
- 2. Wir beobachten, dass das Programm „Aufholen nach Corona“ nicht ausreicht, um Lernstoff aufzuholen sowie außerschulische Erfahrungen zu machen. Inwieweit wird insbesondere der außerschulische Bereich zukünftig gestärkt?*

Beteiligung

- 1. Die soziale Herkunft hat noch immer Auswirkungen auf die Bildungschancen. Wie werden Sie für mehr Chancengerechtigkeit für Heranwachsende sorgen, die von Armut und Ausgrenzung bei Bildung und Freizeit betroffen sind? Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Familienförderung armutssicher zu machen?*
- 2. Während der Coronapandemie sind die Möglichkeiten der Mitbestimmung von jungen Menschen massiv eingeschränkt worden. Wie setzen Sie zukünftig das Recht Heranwachsender auf Mitbestimmung um? Wie beziehen Sie dabei Vertretungen des Landesjugendrings und der Landesschüler*innenvertretung mit ein?*
- 3. Die Frage der Teilhabe sowie Partizipation betrifft in hohem Maße Heranwachsende in besonderen Lebenslagen, wie z. B. junge Geflüchtete und junge Menschen mit Behinderung. Wie werden Sie deren vielfachen Benachteiligungen und Einschränkungen von Lebenschancen entgegenwirken?*

Schutz

- 1. Kinder und Jugendliche haben unterschiedliche Sorgen und Nöte und sind von Gewalt bedroht, auch im digitalen Raum. Wie werden Sie Heranwachsende zukünftig wirksamer vor Cybermobbing und Cybergrooming schützen?*
- 2. In der Pandemiesituation hat die häusliche Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zugenommen. Eine Maßnahme, um dem entgegenzuwirken, ist die flächendeckende Einrichtung von Ombudsstellen auf kommunaler Ebene. Werden Sie die notwendigen Ressourcen bereitstellen und Maßnahmen darüber hinaus ergreifen?*

Nun warten wir auf die Antworten der Parteien!